

Die Löschteiche sind leer

VON WILFRIED STADLER

Wieso das Bankensystem eine Sockelsanierung braucht.

Die guten Nachrichten für die Banken häufen sich. Das erste gesamteuropäische Monitoring („Stresstest“) hat die Finanzmärkte überzeugt. Und dann ließ sich auch noch der Baseler Ausschuss, in dem die strengeren Regulierungen („Basel III“) verhandelt werden, im wahrsten Sinne des Wortes erweichen: Von den ursprünglichen, harten Anforderungen ist nur wenig Verbindliches übrig geblieben.

Sind das auch gute Nachrichten für uns alle, etwa für jene Steuerbürger, die für die Folgekosten der Finanzmarktkrise aufzukommen haben? Beide Nachrichten sind zwar im Kern positiv, gehen aber an einer wirklichen Finanzmarktreform vorbei.

Beginnen wir beim Stresstest. Seine Übungsannahmen bezogen sich in erster Linie auf einen Einbruch beim Wirtschaftswachstum, auf einen außergewöhnlichen Zinsanstieg und auf Wertverluste bei Staatsanleihen. Jene Risiken jedoch, die ursächlich für die aktuelle Finanzmarktkrise waren, blieben ausgeklammert. Deren auslösende Ursache lag ja keineswegs in konjunkturellen Schwankungen. Der massive Einbruch der Realwirtschaft war vielmehr in umgekehrter Reihenfolge die Konsequenz eines eklatanten Systemversagens der Finanzwirtschaft. Dieses kulminierte nach der Lehman-Insolvenz in einem Zusammenbruch des Vertrauens in die Bonität von Banken und deren Möglichkeiten, sich auf den Kapitalmärkten zu refinanzieren. Diese Erschütterung erst führte zu katastrophalen Kapitalverlusten in den Büchern der Banken. Die nachfolgende Kreditverknappung und die Verunsicherung der von hohen Verlusten betroffenen Anleger ließen die Realwirtschaft einbrechen.

Der Stresstest zeigt nun, dass die geprüften Institute zunächst über ausreichende Kapitalpuffer verfügen. Das Risiko eines neuerlichen systemischen Zusammenbruchs aber wird verdrängt.

Wirksame Feuermauer

Ebenso die systemischen Ursachen der Finanzmarktkrise: Etwa die kapitalmarktorientierten Bilanzierungsmethoden, mit denen im Aufschwung fiktives Eigenkapital geschaffen wird. Oder das fatale Prinzip einer nach Risiko gewichteten Unterlegung von Ausleihungen durch Eigenmittel. Dessen krisenverstärkende, weil prozyklische Dynamik ist längst erwiesen – dennoch halten die Basel-Architekten daran fest.

Es ist gut, dass der Baseler Ausschuss die Bedenken österreichischer Banken gegen die Nicht-Anrechenbarkeit von Bankbeteiligungen aus dem eigenen Sektor berücksichtigt hat. Es ist aber bedenklich, dass auch in jenen Punkten dem Drängen der gesamteuropäischen Finanzlobby nachgegeben wurde, bei denen es um die Zukunftssicherung des Systems geht.

So wurde etwa die Einführung einer Verschuldungsquote verschoben und auf einen Faktor des 33-Fachen vom Kernkapital erhöht. Damit begibt man sich auf genau jenes dünne Eigenmittel-Glatteis, auf dem die Akteure im September 2008 so spektakulär eingebrochen sind.

Die Banken leisten sich zwar Auftragsstudien gegen strengere Eigenmittelvorschriften. Sie vernachlässigen aber längst überfällige Eigeninitiativen zur grundlegenden Reform des Systems.

Auch bedarf es endlich einer wirksamen Feuermauer, mit der das (Retail-)Geschäft der Banken mit Privatkunden und Unternehmen vor Krisen in den spekulativen (Investmentbanking-)Geschäftsfeldern geschützt wird. Erst eine solche Sockelsanierung des Finanzsystems brächte wirkliche Entspannung.

Bis dato wollen die Banken noch nicht wahrhaben, dass es in ihrem ureigensten Interesse wäre, eine grundlegende Systemreform aktiv anzustreben. Öffentliche Rettungsgelder für eine nächste Krise gibt es nämlich nicht mehr – die Löschteiche sind leer.

Dr. Wilfried Stadler (geboren 1951 in Salzburg) ist Bankkonsulent und Honorarprofessor an der Wirtschaftsuniversität Wien.



meinung@diepresse.com

Die Probleme der alternden Gesellschaft

GASTKOMMENTAR VON WOLFGANG MAZAL



Wenn wir unseren Anspruch auf Humanität nicht aufgeben wollen, müssen wir jetzt handeln!

Durch die steigende Lebenserwartung und die sinkenden Geburtenzahlen kommt es zu einer Entwicklung, die als gesellschaftliche Alterung bezeichnet wird. In einem Sozialsystem, in dem die Erwerbstätigen wesentliche Transfers zugunsten von Nichterwerbstätigen finanzieren, muss diese Entwicklung zu Finanzierungsproblemen führen. Sozialrechtliche Aspekte dieser Entwicklung werden dabei üblicherweise im Pensions- und im Pflegesystem gesehen; langsam werden aber auch weiter reichende Systemzusammenhänge erörtert.

Festzuhalten ist nämlich zunächst, dass beispielsweise steigende Produktivität, Hebung der Geburtenzahl, Verstärkung der Zuwanderung oder längeres Arbeiten im Alter den Effekten des gesellschaftlichen Alterns auf der tatsächlichen Ebene entgegenwirken können; umgekehrt können eine längere Ausbildungsphase, längere Krankenstände, höhere Arbeitslosigkeit oder frühzeitiges Ausscheiden aus dem Erwerbsleben die sozialrechtlichen Effekte gesellschaftlichen Alterns verstärken.

Festzuhalten ist aber auch, dass diese Entwicklungen in erheblichem Maß von der Gestaltung rechtlicher Regelungen abhängen: Von sozialrechtlichen Regelungen im engen Sinn hängen etwa der Zeitpunkt der Pensionierung im Regelfall, die Inanspruchnahme von Invaliditätspensionen ab; unmittelbar sozialrechtliche Anreize wirken sich auch auf die Kinderzahl und die Beschäftigtenzahl aus. Von enormer Bedeutung für die Stabilität des Sozialsystems sind freilich auch:

► die Bildungspolitik und die Integrationspolitik, weil diese großen Einfluss auf die Produktivitätentwicklung und die Wanderungssalden haben,

► die Familienpolitik und die Politik der Gleichstellung von Männern und Frauen, weil diese enormen Einfluss auf die Erwerbstätigkeit von Frauen und die Kinderzahl haben;

► die Gestaltung der Gehaltssysteme in den Kollektivverträgen, die Vermeidung systemischer Überstunden in den Betrieben und die Arbeitszeitflexibilisierung, weil diese erheblichen Einfluss auf die Beschäftigung insbesondere Älterer haben.

Dass hier komplexe Zusammenhänge im Sozialsystem bestehen, darf in einem hoch entwickelten Sozialstaat nicht verwundern; verwundern darf eher, dass bislang wesentliche Antworten auf die gesellschaftliche Alterung noch ausstehen, ja manche politischen Kräfte sogar stolz darauf sind, Antworten zu verweigern: Systemstabilisierende Langfristeffekte der Pensionsreformen

ALSO NUR ANGEBORENE RECHTE, KEINE WOHL ERWORBENEN



2003 wurden wieder rückgängig gemacht; vorzeitige Pensionierung durch die Verlängerung der Hacklerregelung forciert; die Lösung der Pflegeproblematik wurde durch die Förderung von Scheinselbstständigkeit in der 24-Stunden-Betreuung verschoben; Familienpolitik und Gleichstellungspolitik werden zu oft gegeneinander ausgespielt anstatt koordiniert; nachhaltige Integrations- und Integrationspolitik gehen im Alltagsstreit um „die Ausländer“ unter; die Neugestaltung kollektivvertraglicher Gehaltssysteme geht wie die Reduktion von Überstunden und Arbeitszeitflexibilisierung zu langsam voran; in der Bildungspolitik werden entscheidende Fragen seit Jahren als heiße Kartoffeln herumgereicht, und so weiter.

Klientelpolitik

Unübersehbar ist, dass der Wunsch, an bestimmte Klientelen Botschaften zu senden und dem jeweiligen „Partner“ eins auszuweisen, über langfristige Sachorientierung triumphiert.

Es wäre freilich zu billig, wollte man dafür schlechthin „die Politik“ oder gar „die Politiker“ verantwortlich machen.

Zwar sind natürlich zunächst Politiker verantwortlich, die dem Bürger einfache Rezepte verkaufen und sich der Komplexität verweigern: Fehler in der Bildungspolitik und in der Arbeitsmarktpolitik kann man aber langfristig nicht durch pensionsrechtliche Regelungen kompensieren; Fehler in der Migrations- und Integrationspolitik be-

wirken, dass diese Bereiche zusätzliche sozialpolitische Probleme aufwerfen; Fehler in der Familienpolitik und in der Gleichstellungspolitik verschärfen Probleme und können nicht kurzfristig korrigiert werden.

In der Demokratie haben allerdings primär die Bürger zu verantworten, dass sich Politiker in Österreich nicht mehr trauen, vor Wahlen grundlegende Weichenstellungen anzusprechen: Wer auf „wählerwerbene Rechte“ pocht, sich Änderungen verschließt und „Denkzettel“ verteilt, darf sich nicht wundern, wenn sich Politiker im Festhalten am Bestehenden profilieren!

An einer besonderen Schnittstelle zwischen Bürger und Staat sind freilich auch die Selbstverwaltungskörper in Verantwortung zu sehen: Begreifen sie sich nur als Vertreter ihrer Mitglieder oder auch als Teile der Staatsorganisation, die die Interessen nachhaltiger Systemstabilität über kurzfristige Gruppeninteressen stellen?

Verantwortung kommt schließlich auch allen Informationsvermittlern zu: Gelingt es, komplexe Zusammenhänge klarzumachen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern oder werden unsozialistische Emotionen geschürt?

Vereinte Anstrengungen zur sozialrechtlichen Bewältigung der gesellschaftlichen Alterung sind freilich unabdingbar, wenn wir den Anspruch auf Humanität nicht aufgeben wollen! Auch im Interesse der heute gestaltenden Generation: Wenn es nicht gelingt, diese Fragen nachhaltig zu lösen, laufen wir Gefahr, dass die kommende Generation uns selbst im Stich lässt!

Zum Thema der alternden Gesellschaft referiert der Autor bei dem heute Abend beginnenden Sommerdiskurs der Sommerhochschule der Universität Wien in Strobl am Wolfgangsee, dessen Medienpartner „Die Presse“ ist.

Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Mazal (geboren am 9. Dezember 1959 in Wien) ist Arbeits-, Sozial- und Medizinrechtler an der Universität Wien.



meinung@diepresse.com

quergeschrieben

Ganz nackig! Wui!

Was beim Bierverkaufen alles schiefgehen kann.

Es war wohl heiß in Kärnten. Es war langweilig. Die Geschäftsleitung saß schwitzend beisammen und brütete lustlos über den Verkaufszahlen. Die Geschäfte dümpelten dahin, Bier wird ja immer getrunken, aber ein bisschen mehr geht immer.

Wie wär's mit einer richtig superen Werbekampagne?, muss da einer in die Runde gerufen haben. Sexy, mutig, neumodisch, etwas für die jungen Leute? Hm, murmelt man und brütete noch angestrengter. Und dann fiel einem etwas ein. Eine nackte Frau! Dass wir darauf nicht früher gekommen sind! Wie sexy! Wie mutig! Wui!

Kaum war dieser noch nie zuvor gedachte Gedanke ausgesprochen, ging ein Ruck durch die Runde, sirrende Kreativität ließ den Tisch erzittern, und die Ideen überschlugen sich. Jung muss die Frau sein!, rief einer. Fesch aber bitte auch!, forderte ein zweiter. Gut frisiert, und rasiert unter den Achseln! Blond vielleicht?

legte der Juniorchef eifrig nach; er wollte auf der sicheren Seite sein. „Dunkel“, widersprach sein Vorgesetzter, ehe ihm der Patriarch mit einem „Rothaarig!“ barsch das Wort abschnitt.

Das muss der Moment gewesen sein, in dem man einstimmig beschloss, eine professionelle Agentur mit der Detailausarbeitung der neuen Hirter-Kampagne zu beauftragen.

In dieser Agentur wird sich ein Mitarbeiter an „Drei Engel für Charlie“ erinnert haben. Oder an die 30 Jahre alte VHS-Kassette mit dem Softporno, die zu Hause noch irgendwo ganz unten im Fernsehschrank herumkugelte. Und skizzierte mit zügigen Strichen die Lösung des Geschäftsleitungsdilemmas aufs Flipchart: Wir nehmen nicht eine nackte Frau, sondern gleich drei nackte Frauen! Alle jung, alle fesch, nur die Haare färben wir verschieden, dann ist für jeden das Richtige dabei!

Das Ergebnis dieses Funken sprühenden Kreativprozesses ist derzeit auf Plakaten in ganz Österreich zu sehen. Man wolle mit den Bildern „neue Käuferschichten

ansprechen“, sagt die Firma. Wen sie da wohl im Sinn hat? Ältere Männer, die sich selig an ihre große Zeit in den verklemmten Fünfzigerjahren erinnern? Deren größte tägliche Freude darin besteht, mit feuchten Fingern bis zu den Kontaktanzeigen der „Krone“ zu blättern? Männer, die über jene Art Witze lachen, in denen stets eine brünette und eine rothaarige Frau vorkommen, aber erst bei der blonden kommt die Pointe? Aber: Trinken die nicht eh schon genug Bier?

Hirter Bier wolle „kein reines Männergetränk“ mehr sein, sondern auch etwas „für Frauen, die Geschmack, Charakter und Exklusivität schätzen“, heißt es auf der Homepage der Firma. Das klingt herzlich. Denn selbst Geschäftsführer Dietmar Kert gibt zu: „Wir haben das Problem, dass wir eine jüngere Zielgruppe nicht ansprechen.“

Ganz im Vertrauen, Herr Kert: Angesichts Ihrer Plakate wunderte uns das jetzt eigentlich gar nicht so sehr.

Sibylle Hamann ist Journalistin in Wien.



meinung@diepresse.com



VON SYBILLE HAMANN